

Etatrede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Sehr geehrte Frau Kulturdezernentin,

Sehr geehrter Herr Baudezernent,

Kolleginnen und Kollegen,

Meine Damen und Herren,

Mit den heutigen Reden der Fraktionen finden die Beratungen über den Haushalt ihren Abschluss – hoffentlich...

Unseren Dank möchten wir gleich zu Beginn an die gesamte Verwaltung richten, deren Leistungsfähigkeit wir ausdrücklich hier anerkennen wollen, vielen Dank an Sie alle., gerade in diesen schweren Zeiten.

Vorausgegangen waren intensive Beratungen, die natürlich auch an der einen oder anderen Stelle ihre jeweiligen Begehrlichkeiten zum Inhalt haben. In welcher Intensität und mit welcher Disziplin, muss jeder selbst für sich entscheiden. Ein Haushalt, der natürlich auch die Handschrift der Pandemie trägt und von daher sicherlich nicht vergleichbar ist mit denen

der Vorjahre. Und gerade da ist eine genauere Betrachtung, gerade auf der Einnahmeseite mehr denn je angezeigt.

Das Geschäftsleben unserer „Töchter“ CGM-Arena, Rhein-Mosel-Kongress ist völlig am Boden – Ende offen; Aktivitäten in Sachen Tourismus und Veranstaltungen – Fehlanzeige, Ende offen – Gewerbesteuereinnahmen eingebrochen; Schlüsselzuweisungen rückläufig etc.

Anhand dieser Beispiele können Sie die Vielfältigkeit erkennen, mit denen unser städtischer Haushalt sich auseinandersetzen muss.

Und auch hier muss man auch der Vollständigkeit erwähnen, dass sich vor allem der Bund mit seinen Hilfsprogrammen nach Kräften eingebracht hat. Das Land hat sich ebenfalls nach Kräften engagiert – zumindest nach eigenem Bekunden.

Für uns vor Ort bleiben in den Auswirkungen auf unseren städtischen Haushalt viele Fragen offen und auch die Frage, ob wir an der einen oder anderen Stelle fair behandelt worden sind.

Gewerbesteuereinnahmen um annähernd 30 Mio. eingebrochen – Bund und Land helfen - Eine gute Nachricht für unsere Stadt – Gut, dass sich Bund und Länder auf eine Kompensation geeinigt hatten. Bund und Land übernehmen jeweils die Hälfte der Ausfälle. Die Wirklichkeit sieht leider völlig anders aus. Bund und Länder übernehmen jeweils die Hälfte der

Gewerbesteuermindereinnahmen auf Grundlage der Steuerschätzung vom Mai 2020 – im Übrigen durch die Novembersteuerschätzung zahlenmäßig bestätigt – Zur Verdeutlichung muss man sagen

„Kompensation“ heißt nichts anderes, als „verrechnen“ und zwar mit den Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Das ist kein „frisches Geld“, sondern Geld, was uns sowieso zugestanden hätte.

Insofern ist gegen die Grundlage der möglichen Kompensation nur bedingt Kritik zu üben.

Vielmehr ist es der vom LAND festgelegte Verteilungsschlüssel, der Koblenz „schlecht“ aussehen lässt. Die gute und nachhaltige Haushaltspolitik der letzten Jahre rächt sich an dieser Stelle.

Damit bleibt die Stadt voraussichtlich auf **rd. 8 Mio. Euro „sitzen“**.

Schön, wenn dieses Minus sich nicht bestätigen würde. Diejenigen, die gut gewirtschaftet haben, werden am Ende „bestraft“. Von den zusätzlichen Landesmitteln, ursprünglich in Ihrer Einbringungsrede Herr OB mit 4,2 Mio. Euro deklariert, bleiben lt. Haushaltsplanentwurf am Ende 2,7 Mio. übrig – **Minus 1,4 Mio.!**

Im Bewusstsein, dass wir alle die Folgen von Corona zu tragen haben und auch bei einer Stadt wie Koblenz das nicht spurlos vorübergeht, ist es umso unverständlicher, dass man unseren Antrag mit den Freien Wählern, nämlich die vollständige Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahmen, wie von Finanzministerin Ahnen wörtlich zugesagt, bei der Landesregierung **einzufordern**, von der „Ampelkoalition“ im Stadtrat abgelehnt wurde! – Ja, richtig –

ABGELEHNT!

Bundeshilfen, wie z. B. eine Aufstockung der Hilfen bei der KdU (Kosten der Unterkunft) im Sozialgesetzbuch; und damit eine deutliche Entlastung des Sozialhaushaltes, **immerhin 4,8 Mio. Euro**, werden „aufgefressen“ von den Auswirkungen des vom Land beschlossenen KiTa-Zukunftsgesetzes und seinen Auswirkungen. Dem Anspruch des Gesetzes folgend sollen u. a. nunmehr bis zu 7 Stunden Ganztagsbetreuung mit Verpflegung durch die Kommunen sichergestellt werden. Bei aller unterstellten Sinnhaftigkeit...Für Koblenz bedeutet das u. a. mindestens 5 zusätzliche Vollzeitstellen für die städtischen Einrichtungen + Zuschüsse an die freien Träger für 55 Vollzeitstellen.

Hier liegen die Zuschüsse des Landes nach eigenem Bekunden zwischen 42 und 47% - eine gelebte Konexität, wie in unserer Verfassung festgeschrieben, sieht anders aus. Heißt? – **über 4 Mio. Euro Kosten für die Stadt!** Bei den notwendigen Investitionen in den Einrichtungen selbst durch Erweiterungen, Umbauten etc. hält sich das Land ganz raus, wenn man von den pauschalen Abfindungen für die einzurichtenden Küchen einmal absieht. Ein Millionengrab...

Nach Ansicht der CDU hat man auch bei den Bundesmitteln aus dem Digital Pakt Schule wieder „Hand“ angelegt. Hat man sich mit den Ländern darauf geeinigt, dass 90% vom Bund und 10% von den Ländern zu leisten sind, hat man in Rheinland-Pfalz von den Bundesmitteln 10 % abgezogen und den 10%igen Länderanteil an die Kommunen weitergegeben. Für Koblenz heißt das im Zeitraum 2019 – 2024 mit dem Eigenanteil rd. **1, 7 Mio. Euro!** (Quelle: Bundesanzeiger vom 16.05.2019)

Ein großer „Verlust“ haben wir jedoch in 2021 bei den sog. B2-Schlüsselzuweisungen zu verkraften. Das ist der Zuschuss, der sich aus dem Delta der Finanzkraft der Kommune und dem Finanzbedarf zusammensetzt. Für Koblenz heißt das in 2021 ein **Minus von ca. 9 Mio. Euro.** Auch hier „bestraft“ uns der Berechnungsmodus für die gute

Haushaltspolitik der vergangenen Jahre. Hier wäre eine Corona gerechte Regelung hilfreich gewesen. Zumindest hätte man da rechtzeitig Signale absetzen können, um die Kommunen zu schützen. Da aber vorrangig die Oberzentren davon betroffen sind, geht so etwas natürlich unter – schade. Jedenfalls konnten wir in diesem Punkt keinerlei Aktivitäten feststellen – ganz allgemein

In einem Punkt sind wir uns vollkommen einig, Herr Oberbürgermeister, was die Unterstützung durch Bund und Land angeht.

ZITAT

„Denn hier vor Ort wirkt sich die Politik unmittelbar aus und hier spüren die Menschen zuerst, wie sie in schwierigen Situationen unterstützt werden. Die Städte haben deshalb eine besondere Verantwortung und dieser können wir nur gerecht werden, wenn wir dazu finanziell in der Lage sind.“

Diese ausschließlich auf die Einnahmeseite gerichtete Sichtweise gipfelt dann darin, dass die oberste Gerichtsbarkeit den kommunalen Finanzausgleich als „verfassungswidrig“ deklariert hat.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, angesichts eines solchen Umgangs mit unserer Stadt sehen und sehen wir überhaupt keine Veranlassung, bei der Gestaltung des Haushaltes auch noch Konsolidierungsvorschläge mitzuliefern, sofern man Veränderungen einbringen will.

Bei aller Ausgabendisziplin hätten allein die vorgenannten Einnahmeverluste dazu geführt, dass wir auch im Jahr 2021 einen ausgeglichenen Haushalt hätten vorlegen können.

Insofern haben wir uns auch bei den Eckwerten zum Haushalt bis zur Einigung so schwer getan.

In der Betrachtung der Ausgabenseite trägt natürlich auch hier Corona seine Handschrift an jeder Ecke.

Insoweit wollen wir hier ausdrücklich auch die 2,8 Mio. Soforthilfe des Landes und auch den vom Rat initiierten Widerspruch gegen die Haushaltsverfügung der ADD nicht unerwähnt lassen. Hat doch gerade letzterer dazu geführt, dass die ADD von ihren absurden Forderungen abgewichen ist und auch bei den sog. frw. Leistungen erforderliche Zugeständnisse gemacht hat.

Gott Sei Dank sind unsere Anstrengungen in Sachen Neubau Schwimmbad „Corona resistant“ und die Bürgerinnen und Bürger dürfen auf eine zügige Umsetzung weiter vertrauen.

Betrachten wir die Ausgabenseite in der Analogie des Haushaltes, so wollen wir gleich zu Beginn einige Komponenten aus dem oft strapazierten Begriff des Klimaschutzes näher betrachten.

Im Zuge der oft zitierten „Verkehrswende“ sind wir notwendigerweise, neue Wege im **ÖPNV** gegangen. Um die 200 Mio. in den nächsten 10

Jahren lassen wir uns diesen Kosten. Zumindest „auf diesem Gebiet“ besteht in der Bedeutung und Umsetzung von „Beförderungen“ eine unstrittige Definition. Damit einhergehend hatte unsere Hoffnung, dass nun endlich eine lang gehegte kommunale Forderung, nach der Zuordnung als kommunale Pflichtaufgabe erfüllt wird, sich als Luftblase entpuppt.

Ein **ÖPNV** nach Kassenlage aus Mainz, wie es die Landesregierung vorsah, wäre nicht nur finanziell eine Katastrophe, sondern würde auch im Gestaltungsprozess einer Entmündigung der Kommunen gleichkommen. Wahrscheinlich wird das eine weitere HELDENTAT der Landesregierung sein. Sicher ist aber, dass wir unsere potenten Töchter im Konzern Stadt Koblenz nicht über Gebühr beanspruchen dürfen.

Deshalb müssen unsere Anstrengungen für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt weiter vorangetrieben werden.

In diesem Kontext darf natürlich nicht die **Debatte um die Verbesserung des Radverkehrs** fehlen. Und hier besteht ein breiter Konsens über die grds. Wichtigkeit. Das es noch einiges zu tun gibt, wird ja gar nicht bestritten, aber so zu tun, als sei nichts gemacht worden, wird der Sache einfach nicht gerecht, ebenso wie das reduzieren der sog. „Verkehrswende“ nur auf diesen Bereich.

Festgeschrieben im Verkehrsentwicklungsplan 2030 haben wir für dieses Jahr vorgesehen.

- Fuß- und Radweg über die Bahn in der Goldgrube
(Klimaschutzprogramm des Bundes)
- Radschnellweg nördlich und südlich von Koblenz mit anderen Kommunen in einer Fördermaßnahme verortet
- Ertüchtigung der Horchheimer Eisenbahnbrücke
- Radweg Beatusstraße

...um nur einige Beispiele zu nennen

Insgesamt fast 4 Mio. Euro werden hierfür aufgewandt. Und vielen ist das alles noch zu wenig – nicht weitreichend – nicht schnell genug.

Radikalität, egal auf welchem Gebiet führt nach unserem Verständnis niemals zur Akzeptanz, weil es am Ende immer „Bestrafte“ gibt. Das gilt es zu verhindern, damit die Maßnahmen für sich gesehen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung bekommen. Konsens/Kompromiss gefallen uns hier viel besser.

Und damit verbunden darf man auch den Wunsch verbinden, dass man auch in dieser Frage einen Kompromiss findet, der allen Seiten ein Stück gerecht wird.

Und in diesem Kontext der Wünsche begrüßen wir außerordentlich, dass in diesem Haushalt auch die Fortschreibung des Integrationskonzeptes sich wiederfindet. Wenngleich das vielleicht nicht so wichtig erscheint, würdigt es auch die Arbeit des Beirates mit Vito Contendo an der Spitze. In einer rudimentären Betrachtung gab es auch Bereiche, wo es so gut wie keine Reibungsverluste gegeben hat und da möchte ich den Sport nennen, wo es eine große Übereinstimmung in der Sache selbst gab. Ja – Schmitzers Weise geht nun endlich weiter und auch Maßnahmen in sog. Randsportarten, wie z. B. die Wiederherstellung der Schießsportanlage in Horchheim sind unisono von Rat und Verwaltung im Einklang zu sehen.

Es verlockt schon sehr, gerade im Bereich **Familien und Kinder** zu einer genaueren Betrachtung zu kommen. Wir wollen uns anhand der Faktenlage diese Situation für Koblenz einmal vergegenwärtigen.

Für uns, die CDU-Fraktion, ist es wichtig, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird. Wir möchten, dass Familien eine echte Wahlfreiheit haben, wie sie ihr Leben gestalten.

Deshalb ist es uns wichtig, dass die Stadt Koblenz über 22 Millionen in 5 Kita-Neubauten investiert. Die Kitas in Neuendorf, auf dem Asterstein und auf der Karthause sind bereits fertiggestellt und im Betrieb. In

Zukunft rücken die Neubauten Horchheimer Höhe und Goldgrube/Raental/Moselweiß in den Fokus.

Wir haben gemeinsam mit Verwaltung, Politik und vor allem den freien Trägern immer wieder in den Ausbau der Kitas – insbesondere den U3-Ausbau investiert.

Und ja – das ist von der Kommune umzusetzen. – Ohne Zweifel
Aber das heißt nicht, dass man bei der Aufgabenverteilung sich als Land einen „schlanken Fuss“ macht, indem man das KiTa-Zukunftsgesetz erlässt und bei der Finanzierung der aus dem Gesetz resultierenden Maßnahmen die Kommunen mal wieder alleine lässt.

Fakt ist, dass man im investiven Bereich mit 5.000,00 Euro nicht von einer annähernd auskömmlichen Unterstützung reden kann und es ist auch blanker Hohn, wenn man bei den Personalkosten von einer „überwiegenden Refinanzierung durch das Land“ spricht, wenn hier vom Land selbst 42 – 47% Beteiligung gesprochen wird. Das vor dem Hintergrund, dass wir in der Pflicht stehen, den freien Trägern und den eigenen Einrichtungen weit über 50 zusätzliche Stellen zu finanzieren, wo immer diese Fachkräfte dann auch herkommen sollen.

Es ist auch schlichtweg falsch zu behaupten, dass Koblenz in der Vergangenheit zu wenig für den Ausbau getan hätte.

Jetzt würde genau an dieser Stelle Evergreens wie „Konexität“ angereichert mit den gleichlautenden Forderungen des Städtetages oder der Selbstverständlichkeit, die Mittel aus dem „Gute-Kita-Gesetz“ des Bundes einfach ohne „klebrige Hände“ an die Kommunen weiterzugeben, passen.

Fakt ist, dass nahezu 1:1 diese Mehrbelastungen für die Stadt nur durch die angedachte „Entlastung“ durch den Bund bei der Erstattung der KdU aufgefangen werden. Somit verpuffen unsere Bemühungen und die zugedachten Entlastungen von anderer Seite genau mit dieser Praxis.

Die Ausführlichkeit an dieser Stelle soll gerade auf dem Sektor Soziales zum einen das hohe Engagement von Verwaltung und allen Beteiligten herausstellen und zum anderen den „größten Brocken“ im städtischen Haushalt mit all seinen Schwierigkeiten bei der Finanzierung gegenüberstellen.

Im gleichen Atemzug muss man unter diesem Punkt auch die „Wohnraumförderung“ nennen.

Wir freuen uns sehr, dass der von uns vorgegebene Weg mit der Einstellung von Haushaltsmitteln für Grundstücksangelegenheiten auch in diesem Jahr seine Fortsetzung findet. Es bleibt in der gesamten

Diskussion weiter spannend, ob es dann auch in der Konsequenz zu einer Verwendung der Mittel kommen wird. Manch einer wird sich daran messen lassen müssen, wenn es um die Neuausweisung von Baugebieten geht oder deren Ankauf. Das bleibt spannend!

Der Vollständigkeit halber wollen wir mit einem dicken Ausrufezeichen das Engagement der Stadt in Sachen GMK nicht unerwähnt lassen. Ein sehr turbulentes Jahr liegt hinter uns verbunden mit nicht unerheblichen finanziellen Anstrengungen. Auch hier wollen wir an der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit dieses Engagements keine Zweifel aufkommen lassen.

Wir wollen keineswegs so wichtige Bereiche, wie Digitalisierung und auch unsere Schulen hier nicht in die „2. Reihe“ zu verbannen. Hier wurden auch durch die Pandemie schonungslos die Defizite aufgezeigt. Auch hier hätten wir uns an der einen oder anderen Stelle einen „anderen Umgang“ im Umgang mit Defiziten gewünscht.

Ehrlich ist es zu sagen „wir haben eine Situation unterschätzt“, wie beim Schulstart digital in RLP, statt nebulöse Hackerangriffe zu propagieren. Fakt ist, es muss vor allem in die Infrastruktur investiert werden.

Und hier haben wir die Hoffnung, dass der DigitalPakt Schule, trotz der nach unserer Ansicht „wieder mal gekappten Mittel durch das Land“ dies eine große Chance ist, auf diesem Gebiet nach vorne zu kommen.

In einer abschließenden Bemerkung wollen wir die von uns eingebrachte Maßnahme **„Renaturierung und Vitalisierung von Teichanlagen und Bachläufen im Forstrevier Remstecken“** herausstellen. Mit 30.000 Euro Planungsmittel haben wir gute Chancen, dass mit der Umsetzung der Maßnahme in 2023 die derzeit prognostizierten Mittel in Höhe von 300.000,00 Euro gut angelegt sind. Ein gutes Beispiel, wie man neben dem ökologischen Mehrwert auch einen ökonomischen Mehrwert für die Stadt realisieren kann. Denn mit dieser Maßnahme wird gleichzeitig das Öko-Konto der Stadt aufgebessert. D. h. die Stadt braucht bei der Verpflichtung für Ausgleichsflächen bei einem neuen Baugebiet keine zusätzlichen Kosten aufzuwenden.

Nicht, dass es der CDU an Begehrlichkeiten gefehlt hätte, aber unser „Heldentum“ bei Neumaßnahmen hat sich hierbei erschöpft. Wir wollen auch damit ein klares Zeichen setzen und unseren Beitrag dazu leisten, dass es nach dieser Pandemie großer Anstrengungen bedarf, um die Stadt und die Haushaltslage wieder in den Griff zu bekommen.

Die CDU stimmt dem Haushalt zu!